



(Foto: Sophie-Eileen Gierend)

30 Jahre nach Abschluss der Charta von Paris steckt das Verhältnis der NATO zu Russland in einer Sackgasse. Die Konsequenzen sind endlose gegenseitige Schuldzuweisungen und die Rückkehr altbekannter Feindbilder. Um aus der Eskalationsspirale raus zu kommen, braucht es konkrete Schritte sowie überzeugende Verhandlungsangebote beider Partner. Neues Denken ist schwierig - aber erforderlich. In der internationalen Sicherheitspolitik wird jedenfalls kein Weg an einer wie auch immer gearteten Kooperation mit Russland vorbeiführen. Diskussion darüber ist notwendig.

Sophie-Eileen Gierend ist Masterstudentin im Fach Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zuvor hat sie an der Universität des Saarlandes sowie an der Université de Nantes studiert. Sie arbeitet u.a. in der Europäischen Jugendbildung als Seminarassistentin an der Europäischen Akademie Otzenhausen. Dieser Beitrag ist bewusst als Denkanstoß einer jüngeren Generation gedacht, die bisher im Diskurs unterrepräsentiert ist.

Raus aus der Sackgasse: NATO und Russland brauchen Neuansatz

In der Präambel der Charta von Paris für ein neues Europa vom November 1990 heißt es, dass das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas zu Ende gegangen sei. Damals versammelten sich die Staats- und Regierungschefs von über 30 Ländern und verpflichteten sich zur Wahrung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu freundschaftlichen Beziehungen und zur wirtschaftlichen sowie sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. 30 Jahre danach werden die Nachrichten um die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen allerdings von ganz anderen

Schlagzeilen dominiert. Auf beiden Seiten wird aufgerüstet und die Taktik scheint klar: gegenseitige militärische Abschreckung. Und auch wenn die Betitelung „neuer Kalter Krieg“ voreilig ist, so ist die Lage doch mehr als angespannt und eine Eskalation nicht mehr auszuschließen. Ost und West befinden sich in einer Konfrontationsspirale, aus der nur schwer herauszufinden sein wird.

In einer solchen Situation ist es natürlich nicht förderlich, dass Russland das Verhältnis zum Westen zusätzlich belastet. Aktuellstes Beispiel ist die Affäre um den Giftangriff auf den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny, kein Einzelfall, sondern „etwas, was wir als durchgängige Linie sehen“, wie es die Bundeskanzlerin formulierte. Der Fall Nawalny reiht sich damit ein in eine Chronologie der Anschläge auf Oppositionelle der

*GSP-Einblick erscheint unregelmäßig mit Interviews, Standpunkten oder Essays von herausragenden Expertinnen und Experten der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik. Es wird ausschließlich die Position des jeweiligen Autors/der Autorin vertreten, die nicht zwangsläufig der Position der GSP entsprechen muss.

russischen Regierung: Alexander Litwinenko, Anna Politkowskaja, Boris Nezew, Sergej Skripal, Selimchan Changoschwili. Hinzu kommen die in Russland zu beobachtenden antidemokratischen Tendenzen und der Abbau des Rechtsstaats durch eine umstrittene Verfassungsreform, Cyberattacken auf westliche Staaten, der Vorwurf der Einflussnahme auf Wahlprozesse im Ausland und die militärischen Eingriffe insbesondere in Georgien und der Ukraine. Das Misstrauen gegenüber dem einst vielversprechenden Partner ist groß und erschwert die Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Einzelgänge, Abschottung und Provokation

Dabei sah es vor 30 Jahren so aus, als sollte es nie wieder zu einer solch bedrohlichen Spaltung zwischen Russland und dem Westen kommen. Die Ausgangslage nach 1990 kann als einmaliger Zustand betrachtet werden, der es erlaubte, weitreichende Veränderungen zu beschließen. Die heute als „Friedliche Revolution“ gefeierten Umbrüche wären jedenfalls ohne das Zutun der damaligen Sowjetunion unmöglich gewesen, man war auf beide Seiten angewiesen. Hilfreich waren zu der Zeit sicherlich auch die persönlichen Beziehungen zwischen Kohl und Gorbatschow, auch zwischen Bush und Gorbatschow, oder Genscher und Schewardnadse – Verbindungen, nach denen man heute vergeblich sucht. Trotzdem wurde die nach dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag im Jahr 1990 eintretende Phase des Friedens allzu schnell als gegeben hingenommen und die Bemühungen um dessen Aufrechterhaltung schwanden in den darauffolgenden Jahren.

Was folgte, waren Einzelgänge, Abschottung und Provokation. Die NATO sieht sich seitdem einem Russland gegenüber, dessen Armee brutal und erbarmungslos gegen die Tschetschenen vorgeht, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Unabhängigkeit erklärten, aber von Moskau weiterhin als innere Angelegenheit betrachtet wurden. Einem

Russland, das 2008 in Georgien einmarschierte – nicht zuletzt als Reaktion auf dessen potentielle Aufnahme in die NATO. War man im Westen bis dahin dennoch zur Zusammenarbeit bereit, so änderte sich dies spätestens mit den Geschehnissen von 2014. Den entscheidenden Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Russland und der NATO bzw. zum Westen allgemein markierten mithin die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und der Beginn des bis heute andauernde Konflikt in der Ostukraine. Aber auch Russlands Kooperation mit dem Assad-Regime in Syrien, dem schwere Kriegsverbrechen gegen die eigene Bevölkerung vorgeworfen werden, legt weitere Steine auf die jahrzehntelang aufgebaute Mauer zwischen Ost und West.

Die russische Perspektive

Umgekehrt beteiligte sich die NATO 1998 ohne UN-Mandat am Kosovo-Konflikt, die USA intervenierte 2003 unter falscher Legitimation im Irak und 2011 erzwang der Westen einen Regimewechsel in Libyen, nur um das Land anschließend dem Bürgerkrieg zu überlassen. Russland beklagte derweil westliche Doppelstandards im Hinblick auf die Einhaltung internationaler Regeln. Ebenso vom Kreml kritisiert wurde das westliche, insbesondere amerikanische Einwirken auf die sogenannten „Farbenrevolutionen“ in den ehemaligen Sowjetstaaten Georgien, Ukraine und Kirgisistan, die aus russischer Sicht allein dazu dienten, prowestlichen Präsidenten an die Macht zu verhelfen.

Der scheinbar langwierigste Konflikt dreht sich allerdings um die Osterweiterung des NATO-Bündnisses. Stimmte die damals noch bestehende Sowjetunion dem Beitritt des vereinigten Deutschlands nach Verhandlungen zu, traf dies keinesfalls auf die darauffolgenden Beitritte zu. Die mögliche Aufnahme Georgiens und der Ukraine, zwei Länder im sogenannten „nahen Ausland“ Russlands und damit Teil dessen „Interessenssphäre“, ist zwar selbst innerhalb des Bündnisses umstritten, bleibt aber

weiterhin auf der Agenda. Dabei machte die russische Seite immer wieder klar, dass sie das Heranrücken der NATO an ihre Grenze als Bedrohung der eigenen Sicherheit versteht. Ob Jelzin, Putin oder Medwedew, sie alle verurteilten die Osterweiterung und drohten mit entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Aktion und Reaktion

Das Verhältnis von NATO und Russland war so die vergangenen Jahrzehnte bestimmt von Aktion und Reaktion, Russland agierte, die NATO reagierte – und umgekehrt. Die Konsequenzen sind endlose gegenseitige Schuldzuweisungen und die Rückkehr altbekannter Feindbilder. Putins Russland werden im Westen nicht selten neoimperialistische Ambitionen mit dem Ziel einer sowjetähnlichen Einflusszone unterstellt. Währenddessen ist in Russland das Bild einer NATO weit verbreitet, die unter dem Vorwand der europäischen Friedenssicherung den Einflussbereich Russlands zu beschneiden versucht, um letztlich die amerikanische Machtposition zu verteidigen.

Die NATO-Erweiterung wird somit als direkter Angriff auf russische Interessen gewertet. Bis heute stützt sich die russische Regierung dabei auch auf das angebliche Versprechen des Westens, sich nach dem Beitritt der vereinten BRD nicht mehr gen Osten zu erweitern. Dass dieses Versprechen in keinem offiziellen Dokument festgehalten wurde, sondern lediglich auf mündlichen Äußerungen mit Interpretationsspielraum fußt, findet in den Reden keine Erwähnung. Ebenso wenig die Tatsache, dass die Erweiterung nicht auf Initiative der NATO geschah, sondern auf das starke Drängen der MOE-Staaten, die man zunächst noch mit dem Programm „Partnership for Peace“ vertrösten konnte. Russland selbst gestand diesen Staaten das Recht zu, sich Bündnissen frei anzuschließen, die NATO scheint von diesem Recht allerdings ausgenommen. Und dennoch wurden die Aufnahmerunden immer wieder von westlichen Versicherungen begleitet, die der

Besänftigung Moskaus dienten. Darunter die ständige Betonung, dass es bei der Ausdehnung des NATO-Gebietes in erster Linie um die Ausdehnung der „area of Europe where wars do not happen“ (US-Außenministerin Madeline Albright 1997) geht. Um dieses Ziel glaubhaft zu vertreten, strebte man lange keine festen Militäreinheiten in den neuen Mitgliedsstaaten an und man fokussierte sich immer weniger auf die NATO als rein militärisches Bündnis. Stattdessen wurde der Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der zivilen Kontrolle über das Militär in Mittel- und Osteuropa zum Kernanliegen. Strikte Aufnahmekriterien sollten das auch dem russischen Partner demonstrieren.

Die Proteste des Kremls blieben allerdings mit dem steten Wachstum der NATO bestehen. Oft fehlte und fehlt es im Westen dabei an Verständnis dafür, dass Putin womöglich echte Sicherheitsbedenken hegt und diese nicht nur als Deckmantel für die eigenen wirtschaftlichen und politischen Pläne missbraucht. Unabhängig davon, welche Ziele die NATO mit ihrer Erweiterung in Wirklichkeit verfolgt, darf der Westen Russland seine Ängste nicht absprechen. Zudem wird auch auf westlicher Seite gern über die nüchterne Faktenlage hinweggeschaut, wenn es um die Einschätzung seines Gegenübers geht. Wie John J. Mearsheimer unter dem provokanten Titel „Why the Ukraine crisis is the West’s fault“ schreibt, sind weder die Annexion der Krim, noch die Krise in der Ostukraine Auswüchse eines russischen Expansionsstrebens. Es handelt sich bei diesen Konflikten vielmehr um Reaktionen auf wahrgenommene Sicherheitsbedenken, auf den Ausschluss Russlands aus der internationalen Sicherheitsarchitektur und, unmittelbarer, auf Janukowytschs Amtsenthebung. Putin zeigte zuvor keine Anstalten, das russische Territorium durch militärischen Einsatz auszuweiten, sondern kämpfte ‚lediglich‘ um den Status quo angesichts des schwindenden Einflusses Moskaus in Mittel- und Osteuropa. Außerdem

handelt es sich bei Putin durchaus um einen strategischen Akteur, der sich bewusst ist, dass sein Staat weder die ökonomischen noch militärischen Voraussetzungen hat, um Regionen wie die Ostukraine ohne große Verluste zu annektieren. Obgleich das Agieren Russlands in Bezug auf die Ukraine scharf zu verurteilen ist, sollten daraus keine falschen Schlüsse gezogen werden. Moskaus Absichten sind in diesem Sinne defensiver, als oft behauptet wird.

Perzeption und Realität

„Doch die Erfahrung lehrt, dass in der Politik die Perzeption einer möglichen Gefahr oft mehr Gewicht hat als die Realität“, schreibt Horst Teltchik, ehemaliger außenpolitischer Berater Helmut Kohls. Die Herrschaft der Wahrnehmung über die Realität in den NATO-Russland-Beziehungen rührt nicht zuletzt von ihrer mangelnden Transparenz und dem fehlenden Dialog her. Der Austausch zwischen Ost und West dünnte in den letzten Jahren immer mehr aus, eine Tendenz, die auch bei Beteiligten anderer Krisenherde zu beobachten ist. Vorhandene Dialogforen wie der NATO-Russland-Rat (NRR) oder die KSZE bzw. später OSZE erfüllen ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr. Der NRR sollte einst regelmäßig auf verschiedenen personellen Ebenen tagen und gerade in Krisenzeiten Gespräche trotz verhärterter Fronten ermöglichen. Paradoxerweise geschah in der Vergangenheit genau das Gegenteil: Ob Kosovo, Georgien oder Ukraine – kam es zu Konflikten, setzte der Rat seine Arbeit aus. Doch ohne Austausch kein Wissen und ohne Wissen kein Vertrauen, dafür gewinnen Spekulationen zunehmend an Raum. Hinzu kommt, dass zahlreiche bedeutende Rüstungsabkommen, die man sich heute wieder herbeisehnt, in den vergangenen Jahren aufgekündigt wurden. Darunter der ABM-Vertrag zu Raketenabwehrsystemen, der KSE-Vertrag zur Kontrolle konventioneller Streitkräfte in Europa oder der INF-Vertrag über das Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper. Die Bedeutung solcher

Abkommen liegt dabei nicht nur in der Begrenzung der Rüstungsetats, sondern auch in den in ihnen integrierten Kontroll- und Überwachungsmechanismen, die zumindest im militärischen Bereich eine gewisse Transparenz garantierten. Diese fehlt nun fast gänzlich und beide Seiten sind auf die freiwillige Herausgabe von Informationen durch ihr Gegenüber angewiesen.

Entspannung: aber wie?

Strebt man eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland an, muss in erster Linie hier angesetzt werden. Vorhandene Instrumente und Foren für Gespräche – das heißt vor allem der NRR – müssen wiederbelebt werden und, falls das nicht möglich ist, neu geschaffen werden. Dabei sollten die Formate variieren: Der Austausch muss sowohl auf Staatschef- als auch auf Botschaferebene, sowohl multi- als auch bilateral, sowohl auf politischer als auch zivilgesellschaftlicher Ebene, sowohl ökonomisch, politisch, wissenschaftlich als auch kulturell gefördert werden. „Feindbilder leben davon, dass wir unsere Gegner nicht wirklich kennen. Je weniger wir über sie wissen, desto leichter fällt es, unser Mitgefühl auszuschalten. [...] Es ist im Grund eine Binsenweisheit: Miteinander reden hilft“ (Horst Teltchik 2019).

Im größeren Sinne muss das, was einmal in der Charta von Paris und in der NATO-Russland-Grundakte festgesetzt wurde, wieder angestrebt werden. Der Rahmen ist noch da, er muss jedoch wieder gefüllt werden. Das gilt aber nicht nur für die NATO, sondern auch für die EU und deren Mitgliedsstaaten. Jede verbesserte Beziehung zwischen Moskau und dem Westen kommt auch der Beziehung zwischen der NATO und Moskau zugute. Dabei kommt Deutschland eine besondere Rolle zu. Aufgrund der geteilten Historie mit Russland, der engen wirtschaftlichen Verbindungen und der steten Bemühungen der BRD, die Kommunikation auch in schwierigen Zeiten nicht abreißen

zu lassen, kann Deutschland eine Mittlerfunktion übernehmen, die sie in der Vergangenheit bereits teilweise übernommen hat. Ziel ist es, dem weltweiten Trend, keine Verhandlungen mit politischen Gegnern zu führen, entgegenzuwirken. Gleiche Werte zu vertreten ist im besten Fall Grundlage, kann allerdings hier nicht Voraussetzung politischer Beziehungen sein.

Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung

Im militärischen Bereich sind neue Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung unerlässlich. Die Erfahrungen des Kalten Krieges haben gezeigt, dass in Zeiten der Abrüstung und Entspannungspolitik auch auf diplomatischem Gebiet die meisten Fortschritte erzielt wurden. „Frieden schaffen ohne Waffen: Das ist ein verständlicher Wunsch, ein schöner Traum, aber er ist vor allem eine lebensgefährliche Illusion. Frieden schaffen nur durch Waffen: Das wäre eine tödliche Verblendung. Frieden schaffen mit immer weniger Waffen: Das ist die Aufgabe unserer Zeit.“, sagte Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 13. Oktober 1982, eine offensichtlich zeitlose Aussage.

Es kann nicht darauf gewartet werden, dass eine Seite aufgrund militärischer Unterlegenheit nachgibt, stattdessen muss es frühzeitig zu fairen Angeboten und Kompromissen kommen. Vertrauensbildende Maßnahmen und militärische Kooperation, wenn auch vorerst in kleinem Umfang, müssen den Anfang machen. Auch der INF-Vertrag könnte so gegebenenfalls reaktiviert werden. Insgesamt gilt, dass militärische Stärke und Dialog miteinander vereinbart werden können, ähnlich der Harmel-Strategie.

Militärische Verhandlungen werden hingegen nicht möglich sein, solange die NATO auf der Aufnahme Georgiens und der Ukraine in ihre Allianz beharrt. Strenge Aufnahmekriterien reichen nicht aus, um Moskau davon zu

überzeugen, dass die NATO keine bedingungslose Ausdehnung anstrebt. Ungeachtet der zahlreichen Gründe, die für eine weitere Integration von MOE-Staaten sprechen, muss akzeptiert werden, dass Geopolitik für Russland von zentraler Bedeutung ist, als dass die NATO noch tiefer in dessen Interessensgebiet vordringen sollte. Georgien, aber vor allem die Ukraine müssen öffentlich wirksam vom Aufnahmeprozess ausgeschlossen werden. Gleichwohl bedeutet das nicht, dass mit beiden Staaten nicht auf anderen Wegen kooperiert werden kann. Eine weniger provokative Zusammenarbeit könnte z.B. wirtschaftlich und politisch auf Ebene der EU realisiert werden. Deutlich mehr Nachgiebigkeit muss die NATO schließlich bei der Krim-Frage zeigen. Trotz der Völkerrechtswidrigkeit der Annexion wären die Folgen einer ‚Rückeroberung‘ unberechenbar und würden jede weitere Zusammenarbeit endgültig ausschließen. Denkbar wäre lediglich die Durchführung eines international anerkannten Referendums.

Konkrete Schritte

Letztendlich ist der Westen aber auch von der Bereitschaft Russlands zur Annäherung abhängig. Es braucht konkrete Schritte beider Partner aus der Eskalationsspirale heraus sowie überzeugende Verhandlungsangebote und ehrlichere Versprechen. In der internationalen Sicherheitspolitik wird kein Weg an einer Kooperation mit Russland vorbeiführen, sei es im Hinblick auf den Syrienkonflikt, auf die Entwicklungen im und mit dem Iran, oder in Bezug auf die aufsteigende Großmacht China. Und dennoch hängt die zukünftige Beziehung davon ab, wie Russland auf die Ereignisse in Belarus reagieren wird, wie die Ermittlungen rund um den Giftanschlag auf den russischen Kreml-Kritiker Alexei Nawalny verlaufen werden und wie die Präsidentschaftswahl in den USA ausgeht. Es existieren noch viele unbekannte Variablen in der NATO-Russland-Formel, die alle Einfluss haben werden auf die gegenseitige Kompromissbereitschaft.

Bisher erschienen:

GSP-Einblick 1/2020, März: „Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 2/2020, April: „Afrika und die Corona-Krise“ von Prof. Dr. Robert Kappel

GSP-Einblick 3/2020, Mai: „Die Corona-Krise und die globale Ordnung“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 4/2020, Mai: „Die Corona-Virus-Krise als kritischer Wendepunkt für die Welt und die Ukraine“ von Pavlo Klimkin und Dr. Andreas Umland

GSP-Einblick 5/2020, Mai: „Die neue nukleare Frage – eine Antwort auf Rolf Mützenich“ von Prof. Dr. Joachim Krause

GSP-Einblick 6/2020, Mai: „Nichtverbreitung von ABC-Waffen: Die Tiefe Krise des Multilateralismus“ von Dr. Oliver Thränert

GSP-Einblick 7/2020, Juni: „Weltordnung, Pandemien und Sicherheitspolitik“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 8/2020, Juni: „Der Aufstieg Chinas – Konsequenzen für die Sicherheitspolitik“ von Christiane Heidbrink, M.A.

GSP-Einblick 9/2020, Juli: „Frühling der Autokraten“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 10/2020, Oktober: „„Out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr und die deutsche Verfassungsordnung“ von Roger Näbig

GSP-Einblick 11/2020, Oktober: „Weshalb Deutschland die NATO braucht“ von Generalleutnant a.D. Heinrich Brauß und Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 12/2020, Oktober: „Raus aus der Sackgasse: NATO und Russland brauchen Neuansatz“ von Sophie-Eileen Gierend



Bitte beachten Sie auch unseren [YouTube-Kanal](#).

Die **GSP** ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.


GSP-Einblick* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstager 14
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

Abonnieren Sie auch unseren Newsletter
und unsere Social-Media-Kanäle!

 www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter
 www.gsp-sipo.de
 www.twitter.com/gsp-sipo
 www.facebook.com/GSPSipo